

Er erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 s., jährlich 1.50 s.
prämium frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezogbar, kostet
monatlich 10 s., jährlich 30 s.

Volkshblatt

Insertionsgebühren
bestimmt für die Tagesblätter
Bettliche oder deren Raum
15 s., für Wohnungs-
Bereits- und Verammlungs-
anzeigen 10 s.
Im redaktionellen Teile
folgt die Seite 50 s.
Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
nachmittags 1/10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 760L.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volkshblatt Halle/ale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 15

Halle a. S., Mittwoch den 18. Januar 1899.

10. Jahrg.

Tagesgeschichte.

Magdeburger Junge. Wie der Frankf. Zeitung aus Magdeburg telegraphiert wird, hat sich Reichstagsabgeordneter, Genosse Albert Schmidt am Montag dem ersten Staatsanwalt gestellt und sich als den eigentlichen Schuldigen in der Prozeßsache des Genossen Müller bezeichnet. Schmidt erklärte, daß er es mit seiner Ehre und seinem Charakter nicht vereinbaren könne, daß für seine Handlung ein Parteigenosse unschuldig leide. Am Montag abend fand in der Magdeburg eine Volksversammlung statt, die sich mit der Verurteilung Müllers befaßte. Wir werden morgen darüber berichten.

Der preussische Landtag ist am Montag mit der obligaten Thronrede eröffnet worden. Die Thronrede ist diesmal sehr kurz. Die Finanzlage wird darin als eine fortwährend günstige bezeichnet. Einmal wird auch einmal eine Gehaltsaufbesserung für einzelne Kategorien von Unterbeamten in Aussicht gestellt. Natürlich darf man sich nicht allzu großen Hoffnungen nach dieser Richtung hingeben. Herr von Miquel wird schon dafür sorgen, daß das Geld, welches die Eisenbahnen und andere Staatsmonopole einbringen, nicht in allzu großem Umfange für Kulturaufgaben verwendet wird. Die Thronrede kündigt weiter eine Vorlage an, welche die Verlegung der Hinterbliebenen der unmittelbaren Staatsbeamten und der Witwen- und Waisenversorgung der Volksschullehrer neu ordnen soll. Ein Kommunalbeamtengesetz und eine Vorlage, welche der Kommunalverfassung eine neue Ausgestaltung geben soll, werden ebenfalls den Landtag beschäftigen. Auch eine Aenderung des Gemeindefinanzgesetzes ist in Aussicht genommen, dagegen scheint die Thronrede günstig von einer Aenderung des jetzigen Landtagswahlrechts. Das elenkeste aller Wahlrechte scheint also der preussischen Regierung gerade gut genug zu sein. In der ganzen Thronrede kein Wort vom Arbeiter-schutz. Die traurige Lage der Bergarbeiter in sächsischen Bezirken, die Katastrophen der schlagenenden Wetter, die Abstriche von Förderlöchern, die unzureichenden sanitären Einrichtungen, die unzulängliche Aufsicht der Bergwerke, davon schweigt die Thronrede. Kein Wort über eine Reform der Beaufsichtigung der Bergwerke, kein Wort über die Anstellung von Aufsichtspersonen aus den Bergarbeiterkreisen! Kein Wort auch über die katastrophale Kollisionskatastrophe in Schleswig, die die Gemüter so erregt.

Der vielbesprochene Gegenstand über die stärkere Besteuerung der großen Avenhäuser wird dem Landtage nach der Thronrede, voraussichtlich noch in dieser Tagung vorgelegt werden.

Das Eisenbahngesetz soll vergrößert werden. Einen größeren Raum nimmt die Ankündigung der geplanten großen Schiffahrtssubventionen in der Thronrede ein. Die Regierung wird mit diesen notwendigen Bauten bei den Agrariern auf starken Widerstand stoßen. Am den Agrariern ein Pflichten aufzulegen, heißt es nachher über die Not der Landwirtschaft: „Die schwierigen Verhältnisse, mit denen die Landwirtschaft noch immer zu kämpfen hat, neigen meine Teilnahme nach wie vor in Anspruch. Meine Regierung erachtet es als ihre erste Pflicht, fortgesetzt auf die Hebung der Landwirtschaft bedacht zu sein.“

Man kann sich also auf eine Fortsetzung der Viebesgabenpolitik gefaßt machen. Am Schlusse der Thronrede heißt es: „Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, von denen eine ere Zeit erfüllt ist, legen der Verwaltung und Gesetzgebung in besonderer Weise die Pflicht auf, unbedeutend von dem Streite des Tages die staatlichen Einrichtungen im Interesse aller Klassen der Bevölkerung zu sichern und auszubauen. Die Grundfragen unserer Staats- und Volkslebens sind gelöst und festgelegt.“

Sollen die staatlichen Einrichtungen wirklich die Interessen aller Klassen sichern, so möchte man vor allem die größte Klasse, die Arbeiterklasse, nicht am Wahlrecht verdrängen. Glaubt man andersseits die Grundlagen des Staates so festgelegt, warum insinuiert man dann fortwährend die Hege gegen den Umsturz? Ein preussisches Sozialisten (Verweis) Gesetz ist zwar noch nicht angeht, es kann aber trotz dem kommen.

Die erste Sitzung des preussischen Landtages, die bereits in dem neuen Prachtgebäude in der Prinz-Albrecht-Straße stattfand, eröffnete der Herr v. Miquel als Präsident mit einer Ansprache, in der er ausführte, daß es dem Landtagsabgeordneten patriotischen Bedürfnis sei, „die Wälder nach dem Tode des Landes zu richten“, ehe sie die Arbeiten beginnen. Nach einem dreimaligen Hoch auf Wilhelm II wurde das provisorische Bureau berufen. Darauf brachte der Reichskanzler Follenberg, der sich diesmal nicht zur Saalung befand, den Abgeordneten die besten Wünsche des Staatsministeriums beim Einzuge in das neue Haus dar.

Eine Beschreibung des neuen Abgeordnetenkaufes werden wir morgen veröffentlichten.

Zur Abrüstungsfrage erfährt die Londoner Daily Mail aus russischen „amtlichen Kreisen“, daß der Zar eine Begegnung mit dem Kaiser Franz Joseph und Wilhelm II. am Anfang des Frühjahrs haben werde. Der Zar wolle persönlich die beiden Monarchen für den Abrüstungsgeheimen interessieren. Die Nachricht läßt sich natürlich in keiner Weise auf ihre Richtigkeit prüfen.

Lebrigens soll das russische auswärtige Amt in der Frage der Abrüstung ein neues Rundschreiben erlassen haben; darin wird die Erwartung ausgesprochen, daß, obwohl seit dem Rundschreiben vom August der politische Horizont sich etwas bewölkt und einige wichtige Schritte zur Verzögerung ihrer Rüstungen ergriffen haben, förmlich die allgemeine Lage sich wieder günstig für den Erfolg des großen humanitären Unternehmens des Zaren gestalten werde. Inzwischen hätte die russische Regierung einen Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten über den Gegenstand für rätlich, um die diplomatische Erörterung anzubahnen. Wünschenswert sei eine Verhandlung über jeden Punkt. Die Hauptpunkte sind: ein Abkommen, die Heere und Flotten für einen bestimmten Zeitraum nicht zu vergrößern, desgleichen nicht die Militär- und Marinebudgets, ferner der Versuch, Mittel ausfindig zu machen, um die Streitkräfte und deren Budgets hinsichtlich zu vermindern, Unterlegung des Gebrauchs neuer Waffen und Sprengstoffe oder neuer Pulverforten, die mächtiger als die jetzt im Gebrauch befindlichen wirken, Verzichtnahme über Vermittlerdienste und Schiedsgerichte in gewissen Fällen zur Vermeidung des Krieges. Die Note verlangt auch: die Einschränkung des Kriegsgebrauchs der gegenwärtigen Explosivstoffe von jeder Art Gewalt und ein Verbot, die Explosivstoffe von jeder Art zu versetzen oder ähnliche Mittel. Ferner ein Verbot unterseischer Torpedoboote oder ähnlicher Maschinen im Seegebiet. Die Regierungen sollen versprechen, keine Kriegsschiffe mit Sporen zu konstruieren. Die Konferenz soll in keiner Hauptstadt einer Großmacht abgehalten werden, da die Konzentration verschiedener politischer Interessen einen ungünstigen Einfluß auf die Arbeiten haben könnte.

Mit diesem Rundschreiben läßt es verhandelt gleich im Entlang, das Abkommen fortgesetzt weitere Rüstungen vorzunehmen. Bisherig entt es eben so wie der famose Herr von Stumm: kommt es zu einer Verminderung der Heeresstärke, dann ist derjenige Staat am besten dran, der am meisten Soldaten hat!

Gegen die Schieferer in den Straßen wendet sich eine von 1105 Hamburger Bürgern unterzeichnete Petition, die dem Reichstage zugegangen ist. Es wird darin eruchtet, die bestehenden Bestimmungen über den Waffengebrauch der Wachen und Posten in zeitgemäßer Weise umzuarbeiten. Bitte nach! Darunter versteht die Regierung eine weitere Beschärfung der Vorschriften, wie der Schießfertigkeitslehre des Polizeiministers Rade und die Ausweisungen des Kriegsministeriums bei der Einschiebung beweisen.

2498 Orden sind am Sonntag bei dem sogenannten Ordensfest ausgeteilt worden. Der Segen war diesmal noch größer als im Vorjahre, wo insgesamt nur 1908 Orden verliehen worden sind. Im Reichsanzeiger füllen die Namen der Begünstigten volle zehn Seiten.

Antislische Verordnungen. Der Berliner Polizeipräsident hat es bekanntlich auch in Abrede gestellt, daß russische Zigarettenarbeiterinnen aus Charlottenburg in größerer Zahl ausgewiesen worden seien; es wäre nur eine Ausweisung gewesen, so „berichtigte“ er im Vorwärts. Nunmehr veröffentlicht Petersburger Blätter die Namen von vierundzwanzig Zigarettenarbeiterinnen und Arbeiterinnen in Charlottenburg, welche Ausweisungsurteile erlitten. Nun kann Herr v. Windheim wieder berichten.

Der zum Tode der Angestellten im Handels-gewerbe in der Zeitungs des Innern ausgearbeitete Gesetzentwurf wird der Post zufolge dem Bundesrat in den nächsten Tagen zugehen. Es ist darin, wie schon früher bekannt geworden, eine Winterruhezeit vorgezogen und auch die Frage des Lohnschlusses in gewissen Umfange berührt. Das Organ des schubölnischen Zentralverbandes deutscher Arbeiter, der Berl. Neue Nachr., schreiben zu dieser Ankündigung: „Man wird sich angesichts dieses und ähnlicher Gesetzentwürfe vor allem doch wohl die Frage vorzulegen haben, ob nicht nach gewissen Richtungen hin ein Zulassen der Arbeiter, auch mit Gesetzen, Maßnahmen und damit eine immer weiter greifende Unterwerfung des bürgerlichen Lebens und der Erwerbsverhältnisse unter staatliche Bevormundung und politische Aufsicht.“

Demgegenüber ist die Feststellung gewiß interessant, daß die Einführung der gesetzlichen Abgrenzung von

einem großen Teil der Ladeinhaber selbst gewünscht wird.

Zur Reform der Grubenaufsicht. Aus Bergarbeitereisen in Schlefien, Sachsen und Westdeutschland gehen uns, so schreibt die Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung, in letzter Zeit immer häufiger Klagen an über Festen oder völlige Unbrauchbarkeit der Wachsflauen, so daß wir nicht umhin können, die Bergbehörde besonders darauf aufmerksam zu machen. Schlägt man über Schmutz in den Rauen, Schmutzlosigkeit der Wadenden gegen Witterungseinflüsse, schlammiges Wasser, wechselnde Temperatur des Wassers und Fehlen überhaupt jeder Reinigungsgelegenheit. „Wir meinen, so sagt das Blatt weiter, zur Durchführung einer diesbezüglichen Reform gehörte ein großer Kraft- und Geistesaufwand seitens der Aufsichtsbehörde, die laut Berggesetz verpflichtet ist, für die Unversehrtheit der Belegschaften zu sorgen. Wir bitten unsere Kameraden, uns nach einem solchen Mittelweg zu machen, ob unsere Mahnung diesmal fruchtbar. Tat sie es nicht, dann werden wir wissen, was zu thun ist.“

Ueber den Zauer v. d. Gröben-Arenstein, der die famose Gleichung Landwirtschaftsminister Hammerstein — 0 aufgestellt hat, schreibt die Königsberger Hartungische Zeitung: Herr v. d. Gröben steht im besten Ramesaler. Er hat die Landwirtschaft gemacht, die hier viele Jahre Landwirtschaft, die über Kot lachete, als die beste Vorbildung für den landwirtschaftlichen Beruf ansehen. Er ist nämlich in jungen Jahren in das Meer getreten, hat vierzehn Jahre geübt und als Hauptmann seinen Abschied genommen. Dann wurde er Landwirt. Drei Jahre darauf schickte er schon den Beruf in sich, als Bergarbeiter zu wirken und wurde Mitglied des Abgeordnetenkaufes, später auch des Reichstages; seit 1894 gehört er dem Herrenhaus an. Das wurde, daß Herr v. d. Gröben bei der Landwirtschaft seine Seele gewonnen hat! Einmal hat er bis zu seinem 35. Lebensjahr von der Landwirtschaft überhaupt nichts erfahren, und dann ist er von seinem 37. Lebensjahr an wieder den größten Teil des Jahres durch die Geschäfte der Gesetzgebung in Anspruch genommen.

Mit ungläublichen Mitteln wird in Schleswig weiter gefordert. Das Lofflunder Gericht hatte vier Eltern aufgeführt, die Kinder nicht weiter in die bänningischen Schulen zu schicken. Drei Eltern haben sich gefügt. Nur eine Witwe hat ihre Tochter wieder auf die bänningische Schule zurückgehen lassen. Darauf wurde ihr das Erziehungsrecht genommen. Das ist ein ganz unerhörtes und ungerechtes Vorgehen!

Nach einer kommunalpolitischen Versammlung in Haderstedt wurde die Ausweisung von 46 bänningischen Diensthofen beschlossen, davon kam jedoch nur eine zur Ausführung, da 45 der Betroffenen aus den Diensten von Dänen austraten und sich an Deutsche vermielten.

Die Sonderbesteuerung der Großbazzare hat der Magistrat in Magdeburg abgelehnt, dagegen hat er seine Einwilligung zu einer „zweckentsprechenden Gemeindefesteuerung“ erteilt.

Ungarische Dinge. Ueber die in unferem gestrigen Leitartikel angebeutete Protestversammlung in Budapest meldet das Telegramm, daß daran etwa 10000 Personen, größtenteils Sozialdemokraten, teilnahmen. Die Versammlung protestierte energisch gegen den Ausnahmezustand und forderte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Es kamen Zusammenstöße mit der Polizei vor, die jedoch einen ernstlichen Charakter nicht annahmen. Die Kundgebung zu gunsten des allgemeinen Wahlrechts zeigt, daß unsere Gesellen der Unabhängigkeitspartei das Heft aus den Händen gewonnen haben.

Gegen Kaiserbeleidigung wurde vom Landgericht II in Berlin der polnische Arbeiter Albert Stenbara zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Soziales.

Das neue Invalidenversicherungsgesetz hat in den Ausschüssen des Bundesrats mehrfache Änderungen erfahren und wird frühestens in vierzehn Tagen an den Reichstag gelangen.

Der Achtstundentag. Der Gemeinderat von Paris hat beschlossen, bei den Requalifikationsarbeiten der Stadtverwaltung den Achtstundentag in Anwendung zu bringen. Die Initiative zu dieser Forderung geht aus vom Gewerksverein der betreffenden Arbeiterkategorie, die schon seit 1893 beständig darum petitionieren. Für Belangen stützen sie hauptsächlich auf die besondere Natur ihrer Arbeit und berufen sich, da man ihnen stets entgegensteht, man könne für sie keine spezielle Reglementation erlassen, auf das

Aus dem Reich.

Berlin. Dank schreiben. Die Kaiserin hat dem Berliner Magistrat auf seine Dankadresse ein Dankschreiben gesandt, in dem sie den Magistrat bewilligt, daß er auch mit weiteren unterliegenden Angelegenheiten in den für unsere Stadt und unser Volk so wichtigen Arbeiten an dem Reichshof und dem Wohlthätigkeitsverein.

Berlin. Nach der Rückkehr. Mit der Besichtigung der Photographien von der Silberhochzeit hat Wilhelm II. seit der Anfang gemacht. Der kirchliche Gottesdienst, dem die Kaiserin beigewohnt, hat eine solche Freude. Sie stellt ihn und Wilhelm II. vor den Augen von Daheim in seiner Unterhaltung dar.

Freiburg. Vom Fegefeuer. Der Prozess gegen Fegefeuer wegen Mißbegabung seiner Beschaffenheit wird nicht zur Verhandlung kommen, da sich die Beschaffenheit gefunden haben, die sein Konto beglichen.

Waldenburg. Erdbeffelt und verbrannt wurde von ihrer Schwiegermutter in Amtesbauern die 88 jährige Witwe des Mannes Dill. Die Schwiegermutter wurde verurteilt.

Karlsruhe. Todesurteil. Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Oberversuchssgericht den Landwirt Hermann von Oberarmersbach wegen Ermordung seines Gießerbruders zum Tode. Die Geschworenen beschloßen, den Angeklagten den Gnade des Großherzogs zu empfehlen.

Offen. Gericht. In der Wohnung eines Weibes befindet sich zwei aufgehängte. Die Amme hat sich erhängt. Köhler. Aufklärung fehlt noch.

Wiesbaden. Verbot. Der Regierungspräsident von Wiesbaden hat das Offenhalten des Ganges bei den Gefangenheitsanstalten mit Zustimmung des Reichsausschusses durch die Polizeibehörden für den Umfang des Regierungsbezirks verboten.

Dreieberger. Aus dem Gefängnis. In der hiesigen Landesstrafanstalt wurde ein Gefangenenerkennungs in Haft genommen, weil er verdächtigt ist, sich vieler Stillsitzverbrechen an weiblichen Gefangenen, die seiner Aufsicht anvertraut waren, schuldig gemacht zu haben.

Landesamtliche Nachrichten. Halle, 14. Januar. Gefangenenerkennung. Der Polizeikommissar von Halle (Georgstraße 13 und Georgstraße 17). Der Polizeikommissar von Halle (Georgstraße 13 und Georgstraße 17). Der Polizeikommissar von Halle (Georgstraße 13 und Georgstraße 17).

Sozialdemokratischer Verein.

Donnerstag den 19. Januar abends 8 Uhr

Bersammlung

in der „Moritzburg“

Tagesordnung: 1. Das Bürgerium und die Arbeiter. Referent: Genosse Ernst Grenz aus Leipzig. 2. Abrechnung.

Wittwoch den 18. Januar 1899 abends 8 Uhr im „Glauchaufischen Schützenhaus“

öffentliche Versammlung

der Raffinerie- und Siederei-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Um zahlreichem Besuch bittet Der Einberufer.

Konsum-Verein zu Teuchern E. G.

mit beschränkter Haftpflicht.

Donnerstag den 22. Januar 1899 nachmittags 3 Uhr im Gasthof zum „Weinbaum“ in Teuchern

ordentl. General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung der Geschäftsbilanz für das 4. Quartal 1898 und Entlassung des Vorstandes wegen dessen Geschäftsführung. 2. Beschluß über Bestellung der Geschäftsbilanz. 3. Kenntnisnahme von einem getroffenen Abkommen. 4. Beschluß.

Teuchern, den 8. Januar 1899.

Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins zu Teuchern E. G. u. b. f. Petermann, Vorsitzender.

Der Jahresabschluss liegt vom 16. Januar 1899 im Geschäfts-Fonier zur Ansicht der Mitglieder aus.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Halle a. S.

Freitag den 20. d. Mts. abends 8 1/2 Uhr im „Engl. Hof“ Beginn des Kurses für Geometrie. Teilnehmer können sich noch melden.

Freitag abends von 8 1/2 Uhr ab ebenfalls Kursus für Zeichenzeichnen.

Montag den 23. d. Mts. abends 8 1/2 Uhr im „Engl. Hof“, Fortsetzung des Kurses für Gesundheitspflege.

Montag den 30. d. nächste Mitglieder-Versammlung.

Sonntag den 22. Januar abends 6 1/2 Uhr Vortrag des Herrn Richard Sande-Selzig (vom Institut „Kosmos“) über „Egina, Land und Leute“, mit 50 q. Quadratmeter großen Lichtbildern.

Ter Vorstand.

Genossenschafts-Buchdruckerei

Halle a. S., Geiststrasse 21

empfehlen sich den geehrten Vereinen, Geschäftsleuten und Privaten zur

Anfertigung aller Arten von Drucksachen, als: Prospekte, Preislisten, Tarife, Plakate, Flugblätter, Quittungen, Rechnungen, Listen, Briefbogen und Koverts mit Firma, Programme, Einladungskarten, Jahresberichte, Statuten, Formulare, Diplome, Zirkulare, Visit-, Gratulations- und Verlobungskarten, Contobücher, Mitgliedsbücher etc. etc.

Preiswerte und reelle Bedienung.

Warren-Kappen

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.

Hohenzollern.

Sonntag den 22. Januar 1899 in „Schades Schützenhaus“

Maskenball,

verbunden mit komischen Vorführungen.

U. a. kommt zur Aufführung: „Die Schwiegereltern in tausend Klagen oder feiner will's gemein sein“.

B. Gottschalks

Wästen- und Theater-Garderoben, Berleib, Zünftul

hält seine reichhaltige Auswahl neuer feiner Herren- und Damen-Masken-Kostüme bei folgender Preisstellung bestens empfohlen.

Geschäfts-Nebergabe.

an dem heutigen Tage übergebe ich mein

Viktualien- und Materialwaren-Geschäft,

verbunden mit Hauskalkülerei,

an Herrn Fr. Brunke. — Jedem ich für das bis hierher erzielte Wohlwollen bestens danke, richte ich die Bitte an meine verehrten Kunden, daselbst auch auf meinen Nachfolger freundlich übertragen zu wollen.

Richard Bernhard Siegel

Auf vorhergehendem Bezug nehmend, bitte ich, unter Aufhabe von aufmerksamster und reeller Bedienung, das meinem Vorgänger gewürdeter Vertrauen auch mit dem neuen zu wollen.

Fr. Brunke

Viktualien- und Materialwaren-Geschäft

61 Glauchaerstraße 61.

Apollo-Theater.

Donnerstag den 17. Januar

Große Spezialitäten-Vorstellung

von Künstlern 1. Ranges.

Gänzlich neuer Spielplan.

Artistic Director Edwin Schönp. Musikleitung: Stadt Musikdirektor.

Max Friedemann. Miss Renolds mit ihren herrlichen Kostümen: Refus und Pangeten. — Ernst Sprecher, Original der fangs Konfiter. — Mr. Kammle, echter Singsänger, der Mann mit der eigenen Sing-Dale. — Mrs. Bunter, der 3. Akt. — Miss Renolds, in Armstadt. — Barforce Equitablen, der 2. Akt. — Miss u. Mr. Westphal, international gemischt Quatuor u. Zehntheiler. — Hella Orion, Georgs-Rohm. — Combrille. — The Elvador, Groß-Comische Redner. — Emma D. Perry, Raldischier u. Monumentar. — Gledwiler Sandberg, ein schweblich 8. — Pauernhilf. — Bauweise mit Gejang u. Tms. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Wüller und Schulze.

W. Du Schulze, habe schon 3 Meile obdort?

Ed. Wre. U. n. Sonntag ist in Bruchdorf bei de Turner Rosen auf mit hoch-ortige Bedienung, tömte in?

Ed. Wre. hat der besterlich, da jehm mer hat, das gibt an sie.

Brennholz-Auktion.

Wittwoch den 18. Jan. vorm. 11 Uhr

gr. Brennholz-Auktion

in Seckers Grundstück, Eingang

Mischobst

soeben fertiggestellt, 28 Pfg.

offeriere a 2 Pfund

billiger als die meisten andern Sorten.

Zucker, gemahnt, 24 Pfg.,

säuerliche sehr süß und gut,

pa. Gezapfen, a 2 Pf. 12 und 16 Pfg.

la. Seifen große Biere, a 40 Pfg.

34 übernehmende Garantie dafür, daß niemand in der Lage ist, bessere Waren zu erwerben zu liefern.

Wittfr. 21.

Otto Bornschein

Es tau mit led. Frau Frau's da

Winkel beladigt zu haben und nehme ich die gethane Anweisung hiermit an.

Beu Ebenau.